

ders als andere Verdächtige in dieser Lage, in Untersuchungshaft, obwohl er nur ein Vergehen der geheimdienstlichen Agententätigkeit, nicht aber Landesverrat begangen haben sollte.

Als der 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin den Vollzug aussetzte, ordnete der Bundesgerichtshof (den Croissant einst einen „braunen Gangsterhaufen“ genannt hatte) sogleich Haftfortdauer an.

Die Bundesanwaltschaft begnügte sich zuletzt nicht mit ihrem Strafantrag (zweieinhalb Jahre Haft, also ohne Bewährung). Sie wollte überdies für vier Jahre die staatsbürgerlichen Rechte aberkannt wissen. Da lag schon der Eindruck nahe, daß alte Rechnungen noch immer nicht beglichen sind. So macht man Märtyrer.

Der 1. Strafsenat des Kammergerichts (derselbe, der das Bundesverfassungsgericht in der Sache Werner Großmann anrief) gab eine im Strafmaß wohltemperierte Antwort auf den hitzigen Antrag. Er verurteilte Croissant zu einem Jahr, neun Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und 10 000 Mark Geldbuße. Doch der Vorsitzende, Frithjof Kubsch, 57, appellierte auch an den Angeklagten, in diesem Urteil „ein Angebot zur Versöhnung“ zu sehen.

Das muß man wohl so verstehen, daß die Justiz an Croissant etwas wiedergutzumachen hat, daß sie ihm etwas schuldig ist. So erkennt man ein Martyrium an.

Er solle die Chance haben, sich in die Gesellschaft einzuordnen. Die Meinungsfreiheit solle ihm nicht genommen werden. Es sei nicht aussichtslos, daß ein solches „Angebot“ bei dem Angeklagten, einem „klugen Kopf“ von „außergewöhnlicher Intelligenz“, wie seine Prozeßklärungen gezeigt hätten, auf fruchtbaren Boden falle.

In diesen Erklärungen hatte Croissant beschrieben, wofür er sich auch in Zukunft einsetzen will, zum Beispiel für eine Art Sicherungsverwahrung Deutschlands: „... daß von einem vereinigten Deutschland nie wieder eine Gefahr für die Völker Europas und der Welt ausgeht. Dieses Ziel kann nur dadurch erreicht werden, daß ein vereinigtes Deutschland einen international garantierten und überwachten entmilitarisierten Status erhält...“

Er will weiterhin für den Sozialismus kämpfen, gegen die „Vernichtung“ der Spuren, die die DDR hinterlassen hat; er will sich für die Freilassung derer einsetzen, „die ich einst verteidigt habe“, und so fort.

Wer das Berliner Kammergericht durch den Eingang Witzlebenstraße betritt, den erinnert, bevor er die Treppe passiert, eine Gedenktafel an die Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann am 10. November 1974 durch Terroristen.

Bundestag

Entdröhnter Adler

Es krächzt im neuen Bonner Plenarsaal. Wer ist schuld an der verhunzten Akustik?

Generalproben, bei denen alles klappt, gelten als mißlungen. Der Test der computergesteuerten Sprechanlage im neuen Plenarsaal des Bundestages Ende Februar war so gesehen ein voller Erfolg: Von reichlich Glas und Hartholz prima reflektiert, wehrte sich das Sprechermikrofon mit nervenzerrenden Tönen, die der Experte Rückkopplung nennt.

Auch nach drei Monaten hektischer Betriebsamkeit sind die akustischen Probleme nicht gelöst, die Ende No-

vember vergangenen Jahres kurz nach der feierlichen Einweihung zum blamablen Auszug der Parlamentarier aus dem neuen Glaspalast geführt hatten.

Derzeit ist ungewisser denn je, wann die Abgeordneten aus dem Behelfsheim Wasserwerk in das ebenfalls nur provisorische 256 Millionen Mark teure „Aquarium“ (Abgeordnetenspott) am Rheinufer umziehen können.

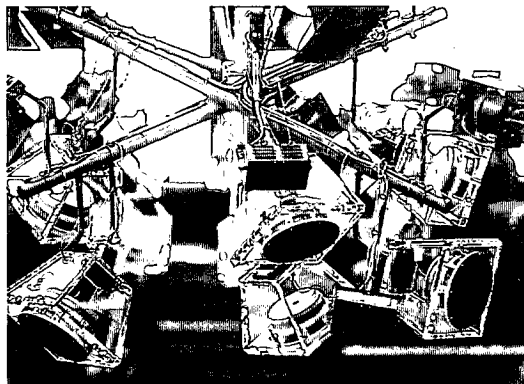
Zwar nannte Bauministerin Irmgard Schwaetzer (FDP) vergangene Woche das Ende der parlamentarischen Sommerpause im September als Umzugstermin, aber daran glaubt kaum jemand.

„Die Situation ist völlig verfahren“, klagt der Vorsitzende der Baukommission Dietmar Kansy (CDU). Das unfertige Plenum drohe zu einem Symbol dafür zu werden, „daß wir hier in Bonn überhaupt nichts Vernünftiges mehr zustande kriegen“. Hämisches boten Berlin-Freunde bereits den ehemaligen Preussischen Landtag als Quartier an, nachdem auch ein zweiter Lautsprecher-test mißlungen war.

Unter Ausschluß der Journalisten hatten mehrere hundert abkommandierte Beschäftigte der Bundestagsverwaltung im neuen Plenarsaal eine Debatte des Hohen Hauses simuliert. Einer der Saaldiener mußte eigens die Sitzungsglocke aus dem Wasserwerk herbeischaffen.

Um die Grenzen der akustischen Anlage zu erforschen, sollte auftragsgemäß Tumult entstehen, was von den Aus-

* Am 24. November 1992.



Beschallungsanlage im neuen Plenarsaal
„Hört, hört! Lauter bitte!“



Ratlosigkeit nach Mikrofonpanne*: „Die Situation ist völlig verfahren“

hilfparlamentariern gern befolgt wurde. „Hört, hört!“ brüllten sie. „Lauter bitte!“ Die gleichzeitig nach Aufmerksamkeit heischende Stimme am Rednerpult verkrächzte im schrillen Rückkopplungspfeifen der ELA, wie die vom Konzern Siemens gebastelte elektroakustische Anlage von Feinden und Freunden haß-zärtlich genannt wird.

Während Mitarbeiter des um sein Image bangenden Unternehmens vor den entgeisterten Blicken von Architekt Günter Behnisch zur Schalldämmung Planen mit Klebeband an Glaswänden anbrachten, wuchsen bei der zuschauenden Hausherrin, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, „Befremden und Unverständnis“.

Rund tausend Beschwerden über den von Architekten hochgelobten neuen

sche Störnebel, Flatterechos und vagabundierende Frequenzen im Plenum verantwortlich ist. „Ein munteres Schwarzer-Peter-Schieben“ habe begonnen, sagt Irmgard Schwaetzer.

Der Spaß ist der Ministerin vergangen, als Bauherrin ist letztlich sie fürs Mißlingen zuständig. Außerdem hätte die ihr unterstellte Bauverwaltung des Bundes stärker auf eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten drängen müssen. Doch im Ministerium werden lieber andere Schuldige gesucht.

So habe sich Architekt Behnisch nur für seine Kunst interessiert und einen Dreck um akustische Fragen geschert, lamentiert ein Schwaetzer-Mitarbeiter. Der Weltkonzern Siemens sei zudem an seinem Konzept für die Beschallungsanlage gescheitert.

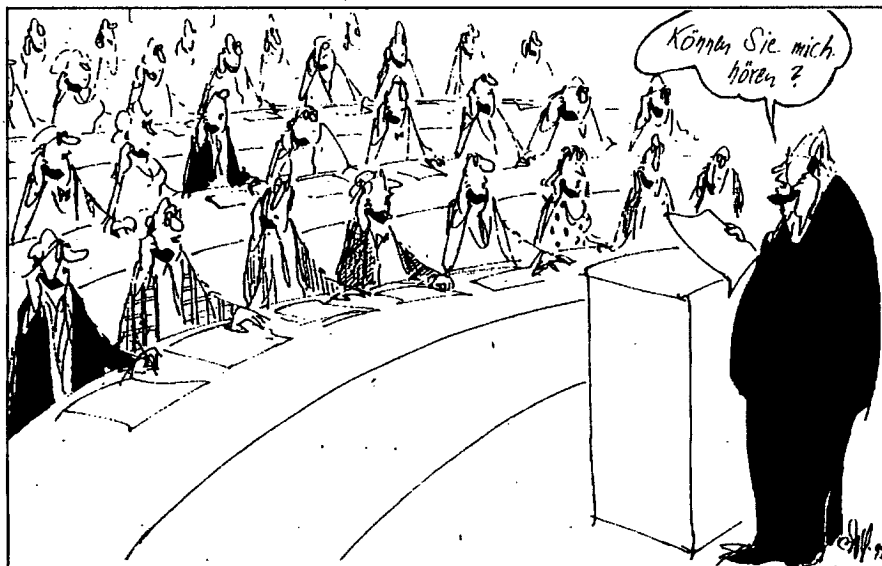
rium hat ihm einen Maulkorb umgehängt. Die Öffentlichkeit muß ja nicht alles wissen. Schließlich will die Ministerin jetzt hart durchgreifen.

Zunächst sollen schallisolierende Elemente möglichst unauffällig im Plenum angebracht, der mitschwingende Bundesadler an der Stirnseite mittels Dämmplatten „entdröhnt“ werden. Für die ELA müsse zudem ein völlig neues Konzept her; 1,5 Millionen Mark wird das wohl kosten. Der Steuerbürger soll keinen Pfennig dazubezahlen: Die beteiligten Firmen und der Architekt stünden in der Pflicht, meint die Bauministerin. Notfalls müßten die Gerichte bemüht werden.

„Unsere Anlage war und ist nicht defekt“, beharrt nämlich Siemens-Sprecher Kühmann-Stumm und warnt zugleich vor Eingriffen in das komplizierte System. „Wenn erst die ganze Software für die Anlage neu geschrieben werden muß, kann das bis Ende des Jahres dauern.“ Und niemand wisse, ob sich der Schall dann füge: „Vielleicht kommt danach erst der richtige Ärger.“

Mag ja sein. Meister Behnisch hatte sich vor langer Zeit ein Ziel gesetzt: „Das Ergebnis unserer Arbeit sollten wir so lange wie möglich offenhalten, wir müssen mit offenem Ende arbeiten.“

Geschafft.



Neue Osnabrücker Zeitung

Schnurlose Telefone als akustische Variante für den neuen Bundestag

Plenarsaal hat die Bundesbaudirektion inzwischen gesammelt, von gefährlich konstruierten Treppen bis zur – das geht manchem Volksvertreter besonders nahe – zecherunfreundlichen Bar (SPIEGEL 49/1992). Das größte Elend aber bietet die Akustik.

Ein ausgefeiltes computergesteuertes System mit zahllosen unter der Decke hängenden Lautsprechern soll „Studioqualität“ im Plenum schaffen und selbst den letzten Hinterbänkler aus dem Schlaf reißen. Theoretisch ist das möglich, praktisch bislang nicht.

Physikalischen Gesetzen gehorchend, donnern die Schallwellen in dem kreisrunden Volksvertreterpalast nahezu ungehindert auf das Rednerpult zurück. Die Folge: Das Sprechermikrofon kann nicht weit genug aufgedreht werden – ein Phänomen, das der Berliner Architekt Carl Ferdinand Langhans bereits 1810 grafisch darstellen konnte.

183 Jahre später zanken die am Bundestagsbau Beteiligten, wer für akusti-

Ein „unglaublicher Vorwurf“, kontert Siemens-Sprecher Enzo von Kühmann-Stumm. „Wir haben die Geräte nur geliefert und installiert.“ Die Pläne für das sensible Produkt seien von dem Elektroakustiker Heinz Graner entworfen worden, der folglich zusammen mit Behnisch die Verantwortung für die „prekäre“ Akustik im Saal trage.

„Unsere Aufgabe war lediglich die äußere Gestaltung“, meint dagegen Behnisch, „das Problem liegt bei der ELA.“ Im übrigen habe er mit dem Akustikplaner hervorragend zusammengearbeitet, was Ministerin Schwaetzer bestreitet: Schon seit 1987 habe Graner immer wieder auf Probleme aufmerksam gemacht und Änderungsvorschläge unterbreitet, sei aber vom Architekten meist abgebügelt worden. „Behnisch ist stur wie ein Panzer“, heißt es in der Bauverwaltung.

Ingenieur Graner selbst kann sich derzeit nicht äußern: „Ich würde zwar gern, darf aber nicht.“ Das Bauministe-

Gegendarstellung

Der im SPIEGEL vom 4.1.1993, Nr. 1 auf S. 51 f. abgedruckte Artikel mit der Überschrift „Tierli im Speichel“ enthält in bezug auf den Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM) unrichtige Tatsachenbehauptungen, die wir wie folgt berichtigen:

1. Der SPIEGEL behauptet, Drogensüchtige müßten unter VPM-Obhut mit Zwangsentzug rechnen, den die Gruppierung als einzige Therapie gelten läßt. Hierzu stellen wir fest, daß der VPM weder einen Zwangsentzug bei Drogensüchtigen befürwortet noch durchführt.
2. Der SPIEGEL behauptet weiter in bezug auf die Aids-Aufklärung des VPM: „So trauten sich Schweizer Kinder, den Berichten ihrer Eltern zufolge, nach einer VPM-Lektion über die Seuche nicht mehr, den eigenen Speichel zu schlucken, weil darin ‚Tierli‘ enthalten seien.“ Hierzu stellen wir fest: Der VPM führt bei Kindern keine Aids-Aufklärung durch.

Zürich, den 25. Februar 1993

Verein zur Förderung der
Psychologischen Menschenkenntnis
Zürich

Dr. med. R. Kaiser

Präsident VPM

Dr. med. E. Aeschbach

Vizepräsident